

Weltgeschichte im Bauerndorf

Das bernische Zimmerwald galt bei den Kommunisten als Wiege der Sowjetunion. Die lokale Bevölkerung hatte daran jedoch gar keine Freude. Zum 100-Jahr-Jubiläum der Zimmerwalder Konferenz entspannt sich die Stimmung nun langsam. Sogar ein Gedenk Anlass ist geplant.

RETO WISSMANN

Ein Komet ist nach dem Ort benannt, der neue OL-Star Judith Wyder stammt von hier, ein Tractorpulling lockt jedes Jahr zahlreiche Besucher in die Gegend, und die Abhörzentrale des Nachrichtendienstes steht ebenfalls in der Nähe. Für ein lauschiges Bauerndorf hat Zimmerwald auch heute noch Spektakuläres zu bieten. Dass hier einst gar Weltgeschichte geschrieben wurde, ist hingegen beinahe in Vergessenheit geraten. Das 100-Jahr-Jubiläum der Zimmerwalder Konferenz wird die Erinnerungen jetzt wieder auffrischen.

Lenin und Trotzki dabei

Auf Einladung des Schweizer Arbeiterführers Robert Grimm versammelten sich in Zimmerwald zwischen dem 5. und 9. September 1915 gegen 40 hochrangige Vertreter sozialistischer Parteien aus zwölf europäischen Ländern – unter ihnen Wladimir Iljitsch Uljanow alias Lenin oder Leo Trotzki. Mitten im Ersten Weltkrieg berieten sie sich darüber, wie die Sozialistische Internationale neu organisiert und die Arbeiterklasse gegen die Kriegsmaschinerie mobilisiert werden könnte. Als Resultat verabschiedeten sie das Zimmerwalder Manifest.

Fast nebenbei skizzierte der damals noch wenig bekannte Lenin, wie er die Verhältnisse in seiner Heimat umkrempeln wollte. Im Gründungsmythos der UdSSR wurde dies bald zur Geburtsstunde der Sowjetunion erklärt. Die Konferenz leitete aber auch die Spaltung der Arbeiterschaft in Reformisten und Revolutionäre, respektive in Kommunisten und Sozialisten ein. Das Treffen hatte also tatsächlich weltgeschichtliche Bedeutung.

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Zimmerwald hatten davon zunächst jedoch gar nichts mitbekommen. Die Sozialistenführer wurden von Lenin in Bern empfangen und mit Pferdekutschen nach Zimmerwald gebracht. Sie gaben sich als Vogel-



Das Berner Dorf Zimmerwald liegt unweit der Hauptstadt Bern.

Bild: ky/Peter Schneider

kundler aus und quartierten sich unter dem Vorwand einer internationalen ornithologischen Konferenz im Hotel Beau Séjour und in der Pension Schenk ein. Erst zwei Wochen später, als die Gäste aus dem Ausland längst wieder ausgereist waren, berichtete Robert Grimm in der «Berner Tagwacht» darüber.

Am Anfang war die Scham

Im bodenständigen Dorf war man gar nicht erfreut, Umstürz-

ler beherbergt zu haben. «Man schämte sich regelrecht», sagt Urs Rohrbach, der im Regionalmuseum Schwarzwasser eine Ausstellung zum Thema organisiert hat. Doch ebenso wenig, wie man hatte verhindern können, dass die sozialistische Elite hier ihre Manifeste ausarbeitete, konnte man vermeiden, dass Zimmerwald bald Teil des Leninkults wurde. Obschon man die «Wallfahrerei» mit allen Mitteln zu verhindern suchte, trafen in

der Folge immer wieder Briefe und Besucher ein.

Lenin-Museum einst verhindert

Besonders unangenehm wurde den Zimmerwaldern die historische Episode während des Kalten Krieges, als die Sowjetunion zum Feindbild schlechthin wurde. In den Sechzigerjahren fügten sie im Baureglement gar einen Passus ein, der jegliche Art von Gedenkstätten oder auch nur schon das Anbringen von

Gedenkplaketten verhinderte. Um einer zweiten Zimmerwalder Konferenz zum 50-Jahr-Jubiläum zuvorzukommen, organisierten Antikommunisten zudem kurzerhand eine Gegenkonferenz. Und: Auch das Lenin-Museum, das die sowjetische Botschaft in Zimmerwald hatte einrichten wollen, wurde erfolgreich verhindert.

Heute erinnert in Zimmerwald kaum mehr etwas an die berühmt-berüchtigte Konferenz.

Die Pension Schenk, die später den Namen «Lenin-Haus» bekam, wurde 1971 abgerissen – obschon der Gewerkschaftsbund gefordert hatte, es unter Schutz zu stellen. Heute befindet sich an seiner Stelle – Ironie des Schicksals – die Filiale einer Bank. «Im Dorf war man gar nicht unglücklich, dass das Haus verschwand», sagt der heutige Gemeindepräsident Fritz Brönnimann.

Unterdessen pflegt man in Zimmerwald einen etwas gelasseneren Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gehört die Konferenz endgültig der Geschichte an und hat keine Bedeutung mehr für die politische Gegenwart. Zum 100-Jahr-Jubiläum hat man sich nun gar durchgerungen, erstmals einen Gedenk Anlass zu organisieren – wobei grosser Wert auf die Bezeichnung «Anlass» statt «Feier» gelegt wird. Es gebe in der Bevölkerung immer noch Stimmen, die das Ganze am liebsten totschweigen würden, sagt der Gemeindepräsident.

Vielbeachtete Ausstellung

Das Interesse am Thema überwiegt aber klar. Die Ausstellung «Grimm und Lenin in Zimmerwald», die bereits seit Anfang Mai im kleinen Regionalmuseum zu sehen ist, wird regelrecht überrannt. «Das Zusammentreffen von globaler Politik und lokalem Alltag fasziniert die Menschen», sagt Kurator Urs Rohrbach.

Anlass zu Polemik will man in Zimmerwald tunlichst vermeiden und setzt daher ganz auf eine ernsthafte Aufarbeitung dessen, was vor 100 Jahren passiert ist. Am Jubiläumswochenende wird die Robert-Grimm-Gesellschaft in Bern eine Tagung durchführen, an der neben Historikern auch Politiker wie Gregor Gysi oder Christian Levrat teilnehmen werden. Danach gibt es in Zimmerwald selber einen Gedenk Anlass. Dass die Jungsozialisten dort ihr zweites Zimmerwalder Manifest vorstellen werden, das sie derzeit erarbeiten, wusste die Gemeinde jedoch zu verhindern.

Tessin ignoriert Rüffel aus Bern

Die Kritik aus Bern lässt Norman Gobbi kalt. Der Tessiner Regierungsrat denkt nicht daran, bei Ausländern auf das umstrittene Einholen von Strafregisterauszügen zu verzichten.

KARI KÄLIN

BERN. Der Tessiner Sicherheitsdirektor und Regierungsratspräsident Norman Gobbi (Lega) ordnete im April eine spezielle Massnahme an. Seither müssen alle Ausländer, die um eine Grenzgänger- oder Aufenthaltsbewilligung ersuchen, dem Tessiner Migrationsamt einen Strafregisterauszug zeigen und laufende Strafverfahren offenlegen. Dies diene der Sicherheit des Kantons Tessin, sagt Gobbi. Roberto Maroni hingegen, Präsident der Lombardei, taxiert Gobbi's Aktion als antiitalienische Schikane.

Verstoss gegen Abkommen?

Politisch schwerwiegender als ein verschlupfter Nachbar ist der Rüffel aus dem Departement von Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP). In einem Brief teilte das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem Legamann vor einigen Wochen mit,

das flächendeckende Einholen von Strafregisterauszügen verletze das Personenfreizügigkeitsabkommen und sei unzulässig. In der Tat dürfen die Migrationsämter demnach nicht systematisch Dokumente verlangen, die Aufschluss über eine allfällige kriminelle Vergangenheit geben. Doch dies kümmert Gobbi bis jetzt ebenso wenig wie die Kritik aus Bern.

Laut Gobbi verstösst der Kanton Tessin keineswegs gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen. Ein Passus besagt nämlich, dass aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gewisse Rechte der EU/Efta-Bürger eingeschränkt werden müssen. Gobbi stuft die Gefahr, dass sich im Kanton Tessin Ausländer mit Kriminalitätshintergrund niederlassen, als genug gross ein, um flächendeckend Strafregisterauszüge einzufordern. «Wir handeln korrekt», sagt Gobbi. Insbesondere viele kriminelle Italiener würden versuchen, sich

mit der Verlegung des Wohnsitzes in die Schweiz einem Strafverfahren zu entziehen. Gobbi wird seine Position demnächst in einem Antwortschreiben an das SEM vertreten. Zudem verlangt die Tessiner Gesamtregierung ein Gespräch mit der Landesregierung. Als diese während ihrer Bundesratsreise einen Abstecher ins Tessin machte, übergab ihr Gobbi ein Dokument mit diversen Themen. Unter anderem sollen auch die verlangten Strafregisterauszüge zur Sprache kommen. Sommaruga, vielleicht in Ausflugsstimmung, zeigte sich offen für Tessiner Anliegen.

Kann Bund sanktionieren?

Die freundlichen Worte der Justizministerin ändern jedoch nichts daran, dass der Kanton Tessin in ihren Augen derzeit Bundesrecht missachtet. Kann also Bern die Tessiner irgendwie sanktionieren? Laut dem emeritierten St. Galler Staatsrechtsprofessor Rainer J. Schweizer ist

dazu jedenfalls nicht das Staatssekretariat für Migration befugt. «Meiner Ansicht nach kann nur der Gesamtbundesrat eine solche Aufsichtsmaßnahme anordnen», sagt Schweizer. Er zeigt durchaus Verständnis für Gobbi. «Dass er sich dagegen wehrt, dass Kriminelle aus Italien im Kanton Tessin wohnen und sich so der Strafverfolgung in Italien entziehen wollen, ist nachvollziehbar», sagt er. Allerdings obliege es dem Bund, Massnahmen wie das Einfordern von Strafregisterauszügen anzuordnen.



Norman Gobbi
Regierungsrat Tessin

Bild: ky

Auch Bund zeigte Interesse an Trojanern

BERN. Die italienische Firma Hacking Team, die Software zur Computerüberwachung herstellt und selbst gehackt wurde, hat auch Kontakte zur Bundesverwaltung gepflegt. Im Gegensatz zur Kantonspolizei Zürich kaufte die Überwachungsbehörde des Bundes aber keinen Staatstrojaner. Nach einem Hackerangriff sind grosse Mengen interner Dokumente und E-Mails des Unternehmens Hacking Team an die Öffentlichkeit gelangt. Daraus geht hervor, dass auch der Dienst Überwachung Post- und Fernmeldeanlagen (ÜPF) im Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in Kontakt zu Hacking Team stand, wie die Sonntags-Zeitung berichtete.

Ein Treffen in Bern

Der Sprecher der Behörde, Nils Guggi, bestätigte der Sonntags-Zeitung die Kontakte mit Hacking Team. Es sei auch zu einem Treffen in Bern gekommen. Allerdings sei es dabei darum gegangen, mehr über Govware, auch Staatstrojaner ge-

nannt, und die Möglichkeiten zur Überwachung verschlüsselter Verbindungen zu erfahren. Gekauft habe der Dienst aber nichts. Das Treffen sei die einzige Verbindung gewesen.

Waadt kaufte nicht

Interesse angemeldet an den Produkten von Hacking Team hatten auch die Polizeikörper der Kantone Waadt und Genf, wie laut der Zeitung aus den gehackten Dokumenten hervorgeht. Der Sprecher der Waadtländer Kantonspolizei sagte, es sei nicht zu einem Vertragsabschluss gekommen. Der Sprecher der Genfer Polizei gibt an, dass sich die Genfer Polizei im Allgemeinen für Systeme und Programme interessiere, die es erlaubten, Ermittlungen zu tätigen, solange dies im gesetzlichen Rahmen passiere. Staatstrojaner eingekauft hat die Kantonspolizei Zürich, wie diese am Dienstag einräumte. Zuvor hatten Medien über entsprechende Belege und Rechnungen aus den Daten von Hacking Team berichtet. (sda)